



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/195 - 20.6.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Der gewandelte Theodor Blank	S. 1
Argentinien - Pulverfass Südamerikas	S. 3
Der Internationale Sozialistische Frauentag 1955	S. 5

Theodor Blank als öffentliches Problem

sp - Die deutsche Öffentlichkeit sieht sich unversehens mit einem neuen Problem konfrontiert, Es ist rein persönlich-menschlichen Ursprungs und muß von da aus allgemein sachliche und politische Konsequenzen haben. Dieses Problem heißt Theodor Blank.

Der Arbeiter und Gewerkschaftler Theodor Blank, Jahrgang 1905 und CDU-Bundestagsabgeordneter seit 1949, ist einer breiten Öffentlichkeit im Jahre 1950 bekanntgeworden, als er zum Leiter des dem Bundeskanzleramt direkt unterstellten Amtes zur Bearbeitung "der mit der Vernehmung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" ernannt wurde. Hinter dieser unglücklichen Bezeichnung verbarg sich die Keimzelle des heutigen Bundesverteidigungsministeriums.

Diese Dienststelle, der Blank seinen Namen gab, hatte lediglich die Aufgabe, alle Planungen militärischer Art vorzubereiten, die für eine mögliche Wiederaufstellung von Streitkräften notwendig sein könnten. Unter diesen Voraussetzungen hatte die SPD Wert darauf gelegt, die Sicherheitsprobleme sowohl für die Bundesrepublik als auch - für den Fall der Wiedervereinigung - für ganz Deutschland mit den "Sicherheitsbeauftragten" zu erörtern. Die Absicht Blanks, für den Fall der Aufstellung von Streitkräften für eine verantwortliche zivile Leitung, für eine parlamentarische Kontrolle und eine demokratische Gestaltung des inneren Gefüges der Streitkräfte zu sorgen, fand nicht nur das Wohlwollen, sondern in der Auseinandersetzung mit den Gegnern dieser

20.6.1955

Bestrebungen, auch die Unterstützung der Sozialdemokratie.

Es waren in erster Linie politische Gründe, die zu einer Begrenzung der Kontakte zwischen der SPD und der Dienststelle Blank führen mußten. Die Basis für die Tätigkeit der Männer in der Erneikaserne hatte sich allmählich völlig verschoben und die Voraussetzungen, unter denen der sozialdemokratische Konsens gegeben worden war, begannen zu schwinden. Für die immer konkreter werdenden Pläne der Dienststelle Blank zur Aufstellung von westdeutschen Streitkräften zuerst im Rahmen der EVG und darn im Rahmen der WEU/NATO fehlte nach der Auffassung der SPD jede gesetzliche Grundlage.

Dem in erster Linie durch die Politik des Kanzlers verursachten Wandel in der Aufgabenstellung der Dienststelle Blank entsprach ein auffallender Wandel in der Person Blanks. Theodor Blank, der geradezu als der Prototyp eines ruhigen und energischen Mannes galt, ist zu einem dünnhäutigen und ewig reizbaren und gereizten Nervenbündel geworden. Sicher gehört zu den Gründen für diese Entwicklung in erster Linie die Tatsache, dass Blank und seine Mitarbeiter nun schon rund fünf Jahre praktisch für die Aktenschranke und sehr oft auch für den Papierkorb geplant haben. Ein anderer Grund mag der wachsende Druck sein, den Blank sich von allen Seiten ausgesetzt sah. Ein dritter dürfte in der im Laufe der Jahre immer stickiger gewordenen Atmosphäre in der Dienststelle Blank liegen, in der sich unzählbare Strömungen für und wider geltend zu machen suchten. Da es keine Kanonen gab, wurde mit Papier und Intrigen geschossen. Nicht nur gegeneinander, sondern auch nach oben, nach der Spitze.

Vielleicht wären auch andere Männer diesen ständigen Spannungszustand zum Opfer gefallen. Theodor Blank jedenfalls hat sich nicht als der starke Mann erwiesen, der mit Überlegenheit, Geschick und klaren Entscheidungen "regiert" hätte. Seine Umgebung, seine Fraktionskollegen, seine Verhandlungspartner und schließlich auch er selbst litten und leiden unter seiner wachsender Nervosität, Schroffheit und Unduldsamkeit. Dazu kommt, dass er den Ansichten und Anweisungen des Kanzlers, auch wenn er sie nicht billigt, nicht entgegenzutreten wagt. Insbesondere die Ereignisse der letzten Wochen - angefangen mit dem von ihm widerspruchslos hingenommenen und schließlich sogar

20.6.1955

verteidigten Freiwilligengesetz über seine Flucht vor Presse und Öffentlichkeit bis zu seinem unentschuldbaren Verhalten bei der Bundestagsdebatte über den Verteidigungshaushalt - zeigen, dass der Theodor Blank des Jahres 1955 nicht mehr der der Jahre 1950 und später ist.

Kann man zu diesem Mann, wie er heute vor uns steht, überhaupt das Vertrauen haben, das gerade der Bundesverteidigungsminister besitzen muß? Kann man sicher sein, dass er überlegt, ruhig und verantwortungsbewußt entscheidet und handelt, nicht aber etwa aus einer nervösen Reaktion und aus dem Handgelenk heraus? Ist ein Mann, der die Antwort auf eine höfliche Frage eines so konzilianteren Politikers, wie es der SPD-Abg. Prof. Carlo Schmid ist, mit einem brüskierenden "Nein" rundweg ablehnt, überhaupt noch ein zumutbarer Gesprächspartner? Ist ein Mann, der im Bundestag seine Argumente im hektischen Feldweibeln von sich gibt, um die Opposition zu überschreien, noch als Minister erträglich?

Der Bundesverteidigungsminister muß in besonderem Maße vom allgemeinen und gemeinsamen Vertrauen aller Parteien getragen sein, wenn er seiner Aufgabe gewachsen sein soll. Er muß eine in sich ausgewogene, entschlossene und starke Persönlichkeit sein, wenn er Anspruch auf Vertrauen haben soll. Theodor Blank entspricht diesem Bild und dieser Forderung heute nicht mehr. Das Problem, das er heute darstellt, darf aber nicht zu einem Krebsgeschwür im Staate werden, es muß bald gelöst werden.

*

*

*

Peron und die Kirche in tödlicher Auseinandersetzung

Dr. R., Buenos Aires
Mitte Juni

Der sich seit Monaten steigende Kampf zwischen dem totalitären Peronismus und der Katholischen Kirche hat seit Fronleichnam eine hektische Entwicklung angenommen. In ihm standen sich zwei militante Gruppen gegenüber: Die Peronistenpartei, vom Gewerkschaftsbund gestützt, und die Katholische Aktion, hinter die sich die politische Opposition der Konservativen gestellt hatte. Als das Parlament zusammentrat, um die Anträge der peronistischen Gewerkschaftsorganisation auf Trennung von Kirche und Staat angesichts der sicheren Kräfteverteilung in beiden Kammern anzunehmen, begannen die Ereignisse ihren Lauf zu nehmen. Abschaffung der religiösen Eidesformel, Aufhebung des Gesetzes über den obligatorischen Religionsunterricht, Beseitigung der Steuerfreiheit für kirchliches Eigentum und eine Verfassungsänderung, die die bisher gesetzmäßige privilegierte Stellung der Katholischen Kirche aufhebt, sind die Auswirkungen auf der staatsrechtlichen Ebene.

Die Erregung über diese Vorgänge breitete sich auf die Straßen aus. Offensichtlich waren auch Provokateure am Werk. Kirchen wurden angesteckt; die argentinische Flagge wurde in den Schmutz getreten. Eine Partei schiebt die Schuld dafür auf die andere. Als Peron dazu überging, den Weihbischof von Buenos Aires seines Amtes zu entheben und samt seinen Mitarbeitern im Flugzeug nach Rom abzuschieben, war der offene Konflikt da: Denn nun nahm nicht die erregte katholische Bevölkerung Partei für die verfolgte Kirche, sondern die politische Opposition, die auf diesen Tag lange gewartet hatte. Peron hatte, als man in der Hauptstadt noch redete und noch nicht schoß, von der Zusammenarbeit des Klerus mit der "Oligarchie" gesprochen. Er meinte damit die konservativen Großgrundbesitzer, die stets Peron mit seiner sozialfaschistischen Arbeiterpolitik bekämpft haben.

Auch die radikale Oppositionspartei im Parlament, die die Trennung von Kirche und Staat befürwortet, stellte sich bei den folgenschweren Sitzungen der beiden Kammern nicht aus grundsätzlichen und rechtlichen Erwägungen gegen die Anträge, sondern aus solchen der politischen Gegnerschaft. Darum hatte auch der Erzbischof von Cordoba nichts dagegen gehabt, dass sich Katholiken an der Unterschriftensammlung

20.6.1955

für eine Petition zur Trennung von Kirche und Staat beteiligten.

Wie immer in lateinamerikanischen Ländern fanden die Empörer Unterstützung bei einigen Wehrmachtsteilen, in diesen Fällen bei Flotte und Luftwaffe, die wie früher die Kavallerie als Truppe der "feinen Leute" gilt und daher stärksten Zulauf aus konservativen Kreisen hatte. Das Offizierkorps des Heeres dagegen stützte sich auf den Mittelstand und rekrutierte sich meist daraus; außerdem besaß Peron als ehemaliger Heeresoffizier gerade in der Armee den meisten persönlichen Anhang. Bei dem Versuch der Staatsstreicher, die Regierung zu stürzen, machten sie den Fehler, den Kampf mitten in die Bürger der Hauptstadt zu tragen. Die Verluste der Bevölkerung durch Bombenwürfe und atomistischen Waffen der Luftwaffe sind sehr hoch; das mag nicht zum Erfolg der Empörer beigetragen haben.

Die Flucht der Rebellen nach dem in solchen Fällen gern aufgesuchten Exil Uruguay sagt deutlich, wie sie selbst die Lage beurteilen. Potentiell gesehen, war der Staatsstreich gewagt, denn wenn sich Peron auf Arme und Arbeiterschaft fest stützen konnte, mußte sich sein Regime in der Macht halten. Nach dem Revolutionsversuch ist die Situation verfahrenener als je zuvor. Die radikalen Kräfte werden in beiden Lagern nach vorn drängen, und der Terror wird regieren. Wie unter solchen Bedingungen überhaupt eine Lösung der Kirchenfrage möglich sein soll, läßt sich überhaupt nicht übersehen. Die Exkommunizierung ist ausgesprochen und läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Die Feindschaft des Staates Argentiniens zur Katholischen Kirche und zum Vatikan ist damit gegeben, belastet alle Teile schwer und wird nicht dazu beitragen, die auch nicht kleinen übrigen Sorgen des Landes zu lösen.

Mit der innenpolitischen Explosion in Argentinien hat Südamerika praktisch die letzte stabile Insel verloren. Dem Ruf "Es lebe Peron" wurde der Gegenruf "Es lebe Christus" entgegengehalten. Das konnte die Axt an die Wurzel des Peronismus sein, der sich neben allen seinen unerfreulichen Tendenzen mindestens als Stabilisierungsfaktor gezeigt hatte. Seine Radikalisierung wird nach dem 16. Juni die erste Folge sein. Und damit kann das Land wie fast alle lateinamerikanischen Länder in eine schwere Spanne unruhiger Zeiten geraten.* * * - 5 -

Bekennnis für Frieden, Freiheit, Völkerverständigung

S.M. Eine von Tausenden von Frauen aus dem ganzen Bundesgebiet besuchte Freiluftkundgebung, auf der Erich Ollenauer und Frau Jet Nauwelaerts, Sekretärin der belgischen sozialistischen Frauenorganisation, sprachen, bildete am 19. Juni den Abschluß der diesjährigen Feiern des Internationalen Sozialistischen Frauentages.

Diese Feiern sind ein lebendiger Beweis für die Möglichkeit, eine jahrzehntealte Tradition mit neuen Formen zu erfüllen und damit die Menschen im wechsellenden Maße an sie zu binden. In Hunderten von kleinen und großen Städten der Bundesrepublik haben große Veranstaltungen stattgefunden, in denen Frauen von dies- und jenseits der Grenzen der Bundesrepublik unter dem Motto sprachen: "Friede auf Erden - Freundschaft umspanne die Welt!". Die Feiern waren umrahmt von künstlerischen Programmen und in vielen Fällen fassten selbst die größten Säle der Städte die große Zahl der Besucherinnen nicht.

Besonders beliebt waren auch die Veranstaltungen in landschaftlich schön gelegenen Orten, zu denen die Frauen aus der ganzen Umgebung und den Städten in Hunderten von Autobussen fuhren. Eine Reihe solcher Veranstaltungen fanden in den Grenzgebieten der Bundesrepublik statt: In Niedersachsen (Zonengrenztreffen mit 12000 Besucherinnen, Tausende von Ballons überbrachten den Menschen der sowjetischen Besatzungszone die Botschaft der Frauen), in der Pfalz, in der Eifel, in Schleswig-Holstein. Zu diesen Kundgebungen kamen auch viele Frauendelegationen von jenseits der Grenzen und bekundeten so den Geist nachbarlicher und internationaler Verbundenheit. Eine große Zahl deutscher Frauen fuhren auch zu entsprechenden Veranstaltungen in Belgien, Frankreich und Österreich, wo sie mit großer Herzlichkeit aufgenommen wurden.

All diese Kundgebungen waren ein Bekenntnis der Frauen zum Frieden in Freiheit und zur Völkerverständigung. Es war ein besonderes Anliegen der deutschen sozialistischen Frauen, bei diesen

Feiern ihre Verbundenheit mit den Frauen jenseits der Zonengrenze zu bekunden und ihrer Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass diese innere Verbundenheit möglichst bald in einem wiedervereinigten Deutschland zu einer lebendigen Wirklichkeit werde. In diesem Sinne wurden die Feiern des Internationalen Sozialistischen Frauentages zu einem machtvollen Appell an die Regierungen - und in unserem Lande insbesondere an die Bundesregierung - alle Anstrengungen zu machen für eine Wiedervereinigung des zerrissenen Vaterlandes und für eine friedliche Lösung der internationalen Spannungen.

Noch stärker als in den Vorjahren wurde bei den diesjährigen Feiern die weltumspannende Aufgabe der Sozialisten betont, die ihnen besondere Verpflichtungen gegenüber den Völkern in den unterentwickelten Gebieten der Erde auferlegt. So war es sehr eindrucksvoll, dass in einigen Kundgebungen eine junge deutsche Sozialdemokratin sprach, die vor kurzem von einer längeren Studienreise nach Indien, Nepal, Burma und Israel zurückgekehrt war und schilderte, in welcher unvorstellbarer Armut und Rechtlosigkeit die Frauen des Fernen Ostens zum großen Teil noch leben.

Die entscheidenden Probleme des internationalen Sozialismus: die Unteilbarkeit des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes, und die Unantastbarkeit der Würde der Persönlichkeit standen im Zentrum des Internationalen Sozialistischen Frauentages 1955. Der große Widerhall, den seine Kundgebungen fanden, segt für das Verständnis der Frauen für diese Menschheitsfragen. Für Hunderttausende von Frauen sind diese Feiern zu einem tiefen und bleibenden Erlebnis geworden.

*

*

*

Verantwortlich: Peter Raunau